

# US-Politik erhöht Gefahr durch Wirbelstürme

**Washington.** Anlässlich des 20. Jahrestags des Hurrikans »Katrina«, der am 29. August 2005 die US-Küste bei New Orleans traf und 1.800 Menschen das Leben kostete, haben Experten erneut davor gewarnt, dass die von US-Präsident Donald Trump angekündigten Einschnitte die Gefahr, die von Wirbelstürmen ausgeht, deutlich erhöhen. Die Kürzungen bei dem US-Wetterdienst NWS, der Klimaschutzbehörde NOAA und der Katastrophenschutzbehörde FEMA erschwerten Wirbelsturmprognosen und gefährdeten Menschenleben, hatte die Wissenschaftsorganisation Union of Concerned Scientists (UCS) schon zu Beginn der Hurrikansaison im Juni gemahnt. Bei der NOAA, die im »Project 2025« als Teil einer »Klimawandelalarmindustrie« verunglimpft wurde, soll mit umgerechnet 1,3 Milliarden Euro rund ein Viertel des Jahresbudgets gespart werden. Bei NWS, die privatisiert werden soll, sind seit Jahresbeginn 600 von insgesamt 4.200 Jobs gestrichen worden. Fema will Trump ebenso wie das Amt für Ozean- und Atmosphärenforschung auflösen und die Aufgaben auf die Bundesstaaten abwälzen. (AFP/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/507181.us-politik-erhoeht-gefahr-durch-wirbelstuerme.html>